

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Umtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45.
Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellensuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 264

Stolp, Mittwoch, den 10. November 1926

50. Jahrgang

Erneute Niederlage der Regierung.

Regierung gegen Parlament.

Reichstagsdebatte über die Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 9. November.

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die Fortsetzung der Beratung der Anträge zur Erwerbslosenfürsorge.

Von den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, der ohne besondere Motivierung der gesamten Reichsregierung das Mißtrauen ausdrückt. Die Völkischen haben gleichfalls einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht, der mit der Haltung der Regierung zu den Reichstagsbeschlüssen in der Frage der Erwerbslosenfürsorge begründet wird.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Nach den Bestimmungen der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge ist die Reichsregierung berechtigt und verpflichtet, die nötigen Anordnungen über die Anpassung der Unterstützungssätze an die wirtschaftlichen Erfordernisse zu erlassen. Sie pflegt bei solchen Maßnahmen den Reichsrat zu hören. Sie hat bisher auch mit dem Reichstag oder wenigstens mit seinem sozialpolitischen Ausschuss vor wichtigen Änderungen Zühlung genommen. Nach den gestrigen Parteierklärungen steht fest, daß es sich bei den gestrigen Beschlüssen zum Teil um taktische Abstimmungen gehandelt hat und daß tatsächlich eine Mehrheit des Reichstages für die gestern beschlossene Erhöhung um 30 Prozent nicht vorhanden ist. Auf Grund dieser Zusammenhänge hat die Reichsregierung sich gestern entschlossen, im Wege der Verordnung die Unterstützungssätze im Sinne des Antrages der Regierungsparteien um 15 und 10 Prozent zu erhöhen. Heute vormittag haben die Reichstags-Ausschüsse dem zugestimmt und daraufhin ist heute mittag die Anordnung von mir vollzogen worden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Nur so ist zu erreichen, daß die Arbeitslosen noch in dieser Woche in den Genuss der erhöhten Unterstützung kommen. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Gleichzeitig soll der volle Zuschlag auch für das vierte Kind gezahlt werden. Die neuen Lasten werden vom Reich getragen werden. Darüber hinaus ergreift die Reichsregierung die Initiative, um im Sinne der Anträge der Regierungsparteien folgende Aufgaben teils gesetzlich, teils durch Verordnungen und Ausführungsbestimmungen zu lösen:

Sie will ohne Verzug einen Gesetzentwurf vorlegen, demzufolge die Bezüge aus der Wochenhilfe und Fürsorge nicht auf die Erwerbslosen-Unterstützung angerechnet werden. Sie wird weiterhin eine Vorlage einbringen, wonach den Erwerbslosen die Inanspruchnahme der Sozialversicherung aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gesichert wird. Endlich soll durch Gesetz auf dem Wege der Krisen-Fürsorge den Ausgegliederten der Fortbezug der Unterstützungen für den Winter gewährleistet werden.

Diese Vorlage soll schon am Donnerstag im Reichsrat verabschiedet werden. Durch Verordnung oder Ausführungsbestimmungen soll eine gleichmäßige und entgegenkommende Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung sichergestellt und verhindert werden, daß Arbeitsstellen mit fortlaufender Arbeitsfähigkeit auf dem Wege der Pflichtarbeit besetzt werden.

Endlich wird die Reichsregierung ersprechend den Anträgen der Regierungsparteien die berufliche Fortbildung der erwerbslosen Jugendlichen fördern. Die Regierung hält an ihrer bestehenden Stellung zur Sozialpolitik fest und wird daraus alle Konsequenzen ziehen. Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Scholz (D. Vpt.) begrüßt das Vorgehen der Regierung und beantragt, die Weiterberatung der Anträge zu vertagen, da sie jetzt doch unpraktisch und unzweckmäßig wäre.

Abg. Müller-Franken (Soz.) widerspricht der Vertagung. Den Mißtrauensanträgen werde die Sozialdemokratie nicht zustimmen. Sie suche sich selbst den Zeitpunkt für solche Aktionen aus.

Auch Abg. Käbel (Komm.) erklärt sich gegen die Vertagung. Gerade am Revolutions-Erinnerungstag, am 9. November, wolle man die Erwerbslosen verwalten.

Der 9. November sei der Geburtstag der deutschen Republik und der deutschen Demagogie.

(Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen bei den Deutschnationalen.) Der Redner verbessert sich, er habe Demokratie sagen wollen. (Erneute Heiterkeit.) Der Redner fordert Beseitigung der Reichsregierung und Auflösung des Reichstages.

Nachdem noch Aug. Hemming (Völk.) sich gegen die Vertagung ausgesprochen hat, wird der Vertagungsantrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Völkischen abgelehnt.

Abg. Scholz (D. Vpt.) erklärt dann im Namen der Regierungsparteien, daß diese sich an der weiteren Beratung dieses

Gegenstandes nicht beteiligen werden. Sie überlassen die Verantwortung für die evtl. gefaßten Beschlüsse der neuen Koalition, die sich anscheinend auf tiefer sachlicher Uebereinstimmung aufbaue. (Große Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenfrage werden dann angenommen. Die zweite Lesung des damit verbundenen Gesetzentwurfes wird erledigt, die dritte durch den Einspruch der Regierungsparteien verhindert.

Für das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Dr. Brauns stimmen nur die Antragsteller. Die Deutschnationalen enthalten sich der Stimme, die anderen Parteien stimmen dagegen.

Ueber das völkische Mißtrauensvotum wird am Mittwoch abgestimmt.

Das Futtermittelgesetz wird dem Ausschuss überwiesen.

Es folgt dann die erste Beratung des 800-Millionen-Nachtragsetats, die vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold eingeleitet wird durch längere Ausführungen, in denen er es begrüßt, daß der Reichstag jetzt den Weg einer gesunden Finanzpolitik beschritten habe und die Steuern den wirklichen Bedürfnissen angepaßt habe. Er schildert dann die bekannten Abmachungen mit dem Reparationsagenten, durch die eine wesentliche Verbesserung der Liquidität der Reichshauptkasse erreicht worden sei. Das Gesamtgutkommen sämtlicher Steuerarten wird den Etatsansatz so übersteigen, daß es berechtigt war, 90 Millionen Mehrauskommen zur Deckung des vorliegenden Nachtragsetats heranzuziehen. Dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministers stimme ich durchaus zu. Wir haben 200 Millionen auf Zwischenterriten für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt. Dadurch werden 40 000 neue Wohnungen geschaffen und es werden 120 000 Bauarbeiter aus der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge herauskommen. Wir ersparen damit also etwa 84 Millionen an Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge. Ähnlich liegt es auch mit dem Kredit, den wir der Reichsbahn zur Fertigstellung angefangener Bahnbauten geben. Auch damit wird die Zahl der Erwerbslosen vermindert und die ganze Wirtschaft wird damit belebt. Es ist immerhin ein Fortschritt, wenn statt zwei Millionen im Februar heute nur noch 1,3 Millionen unterstützte Erwerbslose vorhanden sind. Zur Deckung können wir eine neue Anleihe von 327 Millionen aufnehmen, sodaß wir zur Ausnahme von insgesamt 965 Millionen Anleihe ermächtigt sind.

Jedenfalls kann festgestellt werden, daß die Erwartungen, die das Reichsfinanzministerium im Frühjahr aussprach, sich erfüllt haben. Ich darf wohl von der Loyalität der Deutschnationalen annehmen, daß sie anerkennen, daß ihre damaligen pessimistischen Prophezeiungen in keiner Weise eingetroffen sind. Wollen wir die Erwerbslosennot beseitigen, dann brauchen wir eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik, gute Handelsverträge und gutes Einvernehmen mit dem Auslande.

Ein Antrag Stöcker (Komm.) auf Herbeizitierung der Minister Geßler und Stinagel wird gegen die Stimmen der Antragsteller, der Sozialdemokraten und Völkischen abgelehnt.

Abg. Säger (Soz.) begründet einen von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurf, wonach den Mitgliedern der ehemals regierenden Fürstlichen Familien der Aufenthalt im Reichsgebiet verboten werden soll, wenn andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird.

Abg. von Lindener-Wildau (Deutschn.):

Die von den Sozialdemokraten und Kommunisten aufgeworfene Hohenzollernfrage ist wirklich nicht mehr aktuell. Sie ist erledigt durch den Vergleich, der die Unterschriften der Sozialdemokraten Braun und Severing trägt. Was der Abg. Säger heute vorbrachte, entsprach wohl nur dem Lebensbedürfnis gegenüber den Kommunisten. Uns scheint der sozialdemokratische Antrag als nicht geeignet, damit den Rechtsansatz zu belasten. Wir werden deshalb gegen die Ausschussüberweisung stimmen.

Wir verlangen, daß die ehemals regierenden Fürsten dieselben Rechte genießen, wie alle übrigen Staatsbürger.

Was meine Freunde in der letzten Zeit am stärksten beunruhigt hat, sind die Vorgänge, die zur Entlassung des Generalobersten von Seeckt geführt haben. Die Entlassung dieses um das Wohl des deutschen Staates in Krieg und Frieden hochverdienten Mannes sehen wir als einen ganz besonders schmerzlichen Verlust des deutschen politischen Lebens an. Wir bedauern es tief, daß der Reichswehrminister durch seine Starrheit diese Entlassung herbeigeführt hat. Unser Vertrauen zum Wehrminister ist dadurch weitgehend erschüttert worden. Wir erwarten von dem neuen Chef der Heeresleitung, dem hochverdienten General von Heyde, daß er im gleichen Sinne wie sein Vorgänger von Seeckt arbeiten und daß er sich dabei nicht stören lassen wird durch parteipolitische Quertreibereien. (Rufe bei den Kommunisten: Auch für die Schwarze Reichswehr!) In der

Kurzschluß.

Der Kurzschluß ist eine unangenehme Angelegenheit. Er beruht zumeist darauf, daß im System etwas nicht stimmt und daß dann eine Sicherung durchbrennt. Seine Folgen sind oft peinlich, es kann sogar ein Brand daraus entstehen.

Was am Montag im Reichstag passierte, war ein politischer Kurzschluß. Die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien hatten sich der allzu optimistischen Auffassung hingegeben, als könnten sie das Spiel mit den wechselnden Mehrheiten in der neuen parlamentarischen Session fortsetzen und so die Regierung „überwintern“. Graf Westarp hat zu wiederholten Malen erklärt, daß er die deutschnationale Partei nicht mehr dazu hergibt, den Regierungsparteien in wirtschaftlichen Fragen als Brücke zu dienen, während sämtliche politischen Angelegenheiten mit der Sozialdemokratie erledigt werden. Offenbar sind die Parteien der Mitte bisher von dem Ernst dieser Auffassung nicht durchdrungen gewesen. Weil sie trotzdem versuchten, ihre alte Politik fortzusetzen, mußte es bei der ersten Gelegenheit zum Kurzschluß kommen. Das ist der Sinn der Erwerbslosenabstimmung am Montag.

Man muß die tödliche Verlegenheit der Mittelparteien und der Sozialdemokratie mit eigenen Augen gesehen haben, um zu begreifen, wie groß die Ueberraschung gewesen ist. Selten hat ein Reichstagsabgeordneter eine komischere Figur gemacht als der Sozialdemokrat Hoch, der die Bellemmungen seiner Partei hinter einer Flut von Schimpfwörtern gegen die Deutschnationalen zu verbergen suchte. Und der Grund? Die Deutschnationalen hatten für den Antrag desselben Herrn Hoch gestimmt. Das war das ganze Verbrechen.

Allerdings nicht, weil sie den von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Weg für gangbar hielten. Die Deutschnationalen haben viele und sachliche Gründe, um das gegenwärtige System der Erwerbslosenfürsorge abzulehnen. Aber sie stimmten trotzdem aus taktisch politischen Gründen für den sozialdemokratischen Agitationsantrag, weil sie dadurch die Sozialdemokraten zwingen wollten, Farbe zu bekennen. Die Fraktion der SPD. wird nunmehr wohl oder übel über die üblichen agitatorischen Artikel und Versammlungsreden hinaus aus im Reichstag zu ihrem nun einmal angenommenen Antrag stehen müssen. Wie wir hören, wird sie von der Regierung die Durchführung dieses Antrages fordern. Daß sie über die bequeme Agitation der unterlösen Anträge hinaus jetzt gezwungen wird, die praktischen Folgerungen daraus zu ziehen, ist ihr peinlich. Daher die Rut über die Erklärung des Grafen Westarp. Die Sozialdemokratie wird sich daran genöthigen müssen, daß die Deutschnationalen künftig bei allen ihnen geeignet scheinenden Gelegenheiten taktisch genau so verfahren. Und die Regierungsparteien werden sich auf die Länge der Zeit doch einmal zu der Ueberlegung aufraffen müssen, daß es mit den regierenden wechselnden Mehrheiten nichts mehr ist.

Die demokratische Presse hat demgegenüber schon neue Parolen ausgegeben. Sie erzählt ihren Lesern, daß durch das „verantwortungslose“ Verhalten der Deutschnationalen die Regierung geradezu gezwungen wäre, die große Koalition herbeizuführen. Wer hat eigentlich die Agitationsanträge gestellt? Die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten?

Im übrigen hat die große Koalition noch gute Weile. Vor einigen Monaten war sie angeblich schon ganz sicher. Kürzlich erklärte der Demokratenführer Ertelen, daß die Sozialdemokraten sich vor der Verantwortung drückten und die Deutschnationalen „noch nicht reif“ dazu seien. Wir wollen noch einige Wochen warten, dann werden sie vielleicht auch von Herrn Ertelen eine höfliche Einladung zur Teilnahme an der Verantwortung erhalten. Vielleicht muß bis dahin noch einige Male Kurzschluß hergestellt werden. Daß dies geschehen wird, dessen dürfen Regierung, Mittelparteien und Linke versichert sein.

deutschen Öffentlichkeit wird jetzt ein wohlorganisierter Feldzug gegen unsere Reichswehr geführt. Der Abg. Löbe hat die Republikanisierung der Reichswehr gefordert. Ob man die Reichswehr republikanisch oder monarchistisch beeinflusst, in jedem Falle bedeutet eine solche Politisierung eine schwere Schädigung der Reichswehr. Wir haben gegenüber dem törichtem Gerede von unserer verantwortungslosen Opposition erklärt, daß wir jederzeit bereit sind, die Verantwortung für das zu tragen, was wir vorgeschlagen. Die übrigen Parteien haben aus unserer Bereitwilligkeitserklärung keine Konsequenzen gezogen. Die Mittelparteien mögen nun sehen, wie sie ein Mindestmaß von Uebereinstimmung finden zwischen der Theorie und Praxis dieses Parlamentarismus. Von uns dürfen Sie aber nicht verlangen, daß wir dazu beitragen sollen, den Riß, der mitten durch unser politisches Leben geht, zu verkleinern oder zu verschleiern. Wir fordern weiter die unbedingte Sicherung eines berufsfreudigen Berufsbeamtenums. Die Art, wie der Reichsfinanzminister den Umbau seiner Verwaltung vorgenommen hat, scheint uns mit der Verfassung nicht vereinbar zu sein. Wir bedauern außerordentlich die Art, wie der preussische Ministerpräsident vor kurzem das Berufsbeamten-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Neuwahlen zur Landwirtschaftskammer.

Der Herr Oberpräsident in Stettin hat den Wahltag für die Neuwahlen zur Landwirtschaftskammer auf **Sonntag, den 9. Januar 1927** festgesetzt.

Der Wahlbezirk Stolp umfaßt den Land- und Stadtkreis Stolp.

Zum Wahlkommissar bin ich bestellt worden. Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Herrn Oberpräsidenten in Stettin vom 28. 9. 1926 — Reg. Amtsbl. Stück 44 S. 139 — fordere ich zur Einreichung der Wahlvorschläge bis zum 28. d. Mts. an mich auf.

Zu wählen sind zwei Mitglieder. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens 10 im Wahlbezirk zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unter Hinzufügung des Standes und Wohnortes unterzeichnet sein und doppelt soviel Namen wählbarer Bewerber enthalten, als Kammermitglieder im Wahlbezirk zu wählen sind. Die Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge nach Vor- und Zunamen, Alter, Stand und Beruf, sowie Wohnort und Wohnung bezeichnet sein. Dem Wahlvorschlag sind die Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber zur Aufnahme in dem Wahlvorschlag, sowie Bescheinigungen der Gemeindebehörden darüber beizufügen, daß die Unterzeichner wahlberechtigt und die Bewerber wählbar sind. Die Bescheinigungen sollen neben der Unterschrift mit dem Dienstiegel versehen sein. Sie sind von den Gemeinden gebührenfrei auszustellen.

In demselben Wahlbezirk darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden. In jedem Wahlvorschlag soll außerdem ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschuß bevollmächtigt ist.

Die Herren Ortsvorsteher ersuche ich um sofortige ortsübliche Bekanntgabe.

Stolp, den 9. November 1926.

Der Landrat.
Dombois.

Achtung! Vaterländische Verbände Achtung!

Stürme der Begeisterung erzielten bei Aufführungen nachstehende Theaterstücke:

Friedrich der Große am Altar.

Hohenfriedberg.

Friderikus Rex.

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben.

Probeheft 1,20 Mark einsenden.

Kostüme zu allen Aufführungen von 3,— Mark an nur bei

K. Stach, Theaterverlag und Kostümhaus
Stolp i. Pom.

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch Geldgaben, sondern kauft

Gutscheine der städtischen Volksküche

zur Ausgabe an Bettelnde.

12 Gutscheine kosten 1.— Mt. und sind vorläufig zu haben.

A. Demme & Co., Langestraße 64

Emil Wolsdorff Inh. Paul Hartmann, Markt 15

Hotel Kaiserhof, Neutorstraße

Max Bröske, Neutorstraße 14

Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volksküche.

W. Laenen, Stadtrat.

Joh. Schulker, Friseur

Fernsprecher 332

Kirchplatz 11 neben der Hauptpost.

Saubere Fachbedienung. Solide Preise.



Preiswertes Nähmaschinen-Angebot!

Nähmaschinen „Marle Kanjer“

allerbestes Material, solideste Konstruktion, spielend leichter Lauf,

vorwärts, rückwärts nähend, stichend und stopfend laufend in größter Auswahl. **Katenzahlungen!**

Gebrüder Wenda Inh. Paul Wenda
Telephon 1115. Stolp Präsidentenstr. 1.

Die erste elektrische Feinschleiferei

befindet sich bei

A. Hadapp

Stolp, Langestr. 11.

Begr. 1885.

Fernruf 502.

Rasiermesser u. -Klingen, Haarschneidemaschinen, Taschen- u. Tischmesser, Scheren, Wolf- u. Schlachtmesser.

Chirurgische Messer u. Scheren werden gut und preiswert geschliffen.

Lager Solinger Stahlwaren!

Rasierapparate, Streichriemen u. s. w. Große Auswahl! Billigste Preise!



So, das ist die Dose!

Man muß sie einmal genau betrachten. Schon an dem springenden Steinbock auf der roten Dose erkennt man die echte Büdo-Schuhcreme.

Verlangen Sie also nicht etwa nur Schuhcreme, sondern ausdrücklich Büdo. Auch jeder Kaufmann wird Ihnen sagen:

Nimm **Büdo**

Bekanntmachung.

Am 15. November eröffne ich in meinem neu erbauten Geschäftshause — **Hansa-Haus** — Am Bahntor 3 wieder mein altangesehenes, bis 1908 unter der Firma

Ernst Schmidt Nachfolger betriebenes

Leinen-, Wäsche- u. Betten-Geschäft.

Ich bitte meine werthe Kundschaft, sich meiner zu erinnern und mein Unternehmen zu unterstützen.

Sorgfältige und fachmännische Bedienung bei billigsten Preisen sichere ich zu.

Friedrich Boës.

Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

Uhrmacher C. Haar
Markt 19.

Dr. Höpfners

chirurg. u. orthopäd. Privat-Klinik
Stolp i. Pom. — Wasserstr. 20.

Neuzeitliche Röntgen-Anstalt
Behandlung von Geschwülsten operativ oder durch Tiefenbestrahlung.

Werttägl. 9—11, 3—4.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung soll am 5. Januar 1927, vormittags 10 Uhr — an der Gerichtsstelle Zimmer Nr. 2 — versteigert werden die im Grundbuche von Rambow Band XI, Teil 2, Blatt 45 und von Birchenzin Band VIII, Teil 5, Blatt 189 (eingetragener Eigentümer am 13. Oktober 1926, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Der Eigentümer Hermann Lemm in Birchenzin) eingetragenen Grundstücke Bändnerstraße 60 und Baustelle in Rambow Gemarkung Birchenzin Kartenblatt 3 Parz. Nr. 343, 428—430, 459, 520 174 191 102 90 und Gemarkung Birchenzin Kartenblatt 3 Parzellen 533, 348, 356, 357 2ha 95a 31qm 190 191 191 13a 31qm, groß, Reinertrag 5 Taler, 47 Gr. Grundsteuer Mutterrolle Art. 223, Nutzungswert 36 Mt. Gebäudesteuerrolle 36 Nr. 58 57

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem

Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Stolp, den 25. Oktober 1926.
Das Amtsgericht.

Kyffhäuser - Technikum
Frankenhausen
Ing.-Schule f. Masch.-u. Autoba., Elektrotechn. Binn. Sonderabt. f. Landmaschinen u. Flugtechnik.

Stadttheater

Telephon 419.

Donnerstag, d. 11. und Freitag, den 12. November 8 Uhr

„Ueber den Wassern“

Drama in drei Akten von G. Engel. (Theatergemeinde)

Alle Logen-, Balkon Mitte-, Balkon Seite-, Tribüne-, Galerie- und Stehplatzplätze sind auch für Nichtmitglieder der Theatergemeinde an der Tageskasse zu haben.

Maschinen-Zylinder-Motoren-Zentrifugen-Auto-Leder-

Maschinen-Wagen-Leder-Huf-

la. Treibriemen
2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.
Fernspr. 892. Gegr. 1862.

Oele Fette